Zum Kreishaushalt 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
verehrte Damen und Herren,

Wir, von Bündnis 90 / Die Grünen, wollen mit dem Gedanken einer umfassenden Nachhaltigkeit - auch den Landkreis Reutlingen - in diesem Sinne voranbringen. Wir setzen auf den politischen Weitblick einer ernstgemeinten Nachhaltigkeit und nicht nur, weil es gerade schick ist, Nachhaltigkeit im Mund zu führen. Auch bei den anstehenden Aufgaben im Landkreis Reutlingen setzen wir Grüne auf das Austarieren der Säulen der Nachhaltigkeit von Ökologie, sozialer Gerechtigkeit verbunden mit Kultur und Ökonomie.

Meinen Damen und Herren,

zur Säule Ökonomie:

Herr Klett hat die wirtschaftlichen Grundlagen sachlich dargestellt und unserer Auffassung nach richtig beschrieben:

Trotz einer weiter bundesweit steigenden sozialversicherten Erwerbstätigkeit flacht sich der Arbeitsmarkt in BW ab. Es treten zwar erste Probleme - z.B. in der Automobilindustrie - auf, aber das Handwerk ist aber nach wie vor, auch in unserer Region, gut ausgelastet.

Das Konsumklima wird durch eine positive Reallohnentwicklung gestärkt, so dass der Konsum als intakt bezeichnet werden kann und eine Stütze der Konjunktur darstellt.

Insgesamt verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum 2019 auf vermutlich 0,5% - 2020 soll es zwischen 0,5-1,0% liegen – jüngst, eher mit einer Tendenz nach oben.

Bezogen auf die zukünftigen Finanzen müssen wir die weiteren Entwicklungen aufmerksam verfolgen. Sie geben keinen Anlass, sich übertriebene Sorgen zu machen.

Was heißt das für die Finanzen der Städte und Gemeinden?

* Die für das Haushaltsjahr 2020 maßgeblichen Steuerkraftsummen für den Landkreis sind um 26,5 Mio. gestiegen.
* Das BMF rechnet nach der Mittelfristprojektion mit einem Finanzierungsüberschuss von 7,5 Mrd. im Jahr 2020, der auf 18 Mrd. im Jahr 2023 steigt soll.

Eine Frage steht immer wieder im Raum:

Werden die Städte und Gemeinden übergebührlich zur Finanzierung der Kreisaufgaben herangezogen?

Wir meinen: Das ist mitnichten so!

* Die Absenkung der Kreisumlage 2018 um 2,75% war die höchste Absenkung in BW.
* Die Absenkung der Kreisumlage 2019 um weitere 2% war wiederum die höchste Absenkung in BW – zusammen mit 3 anderen Landkreisen.
* Addiert bedeutet dies eine Absenkung der Kreisumlage um fast 5% und einen Betrag von ca. 20 Mio. für die Städte und Gemeinden im Landkreis.
* Bei der Finanzierung der Regional-Stadtbahn ergeben sich weitere Entlastungen für die Städte und Gemeinden, weil nach dem neuen GVFG der Bund statt 60% jetzt bis zu 75% übernimmt. Zusammen mit dem Landesanteil kommen wir bei der Regional-Stadtbahn nur noch auf einen Anteil von ca. 5-10% der Kosten, die die Kommunen aufwenden müssen.
* Durch die aktuelle Reduzierung der Liquidität des Kreises um ca. 9,7 Mio. werden die Städte und Gemeinden in diesem Jahr weiter entlastet.

Deshalb ist es richtig, dem Vorsorgegedanken mehr Priorität einzuräumen.

Dabei muss es sich um eine - Zitat Landrat bei der Einbringung des Haushalts - „gute, belastbare und dauerhafte Vorsorge“ handeln.

Die Vorsorge gilt den zukünftigen Investitionen in unsere Kreiskliniken.

Wir gehen davon aus, dass ca. 80 Mio. in den nächsten 8 Jahren erforderlich sind. Das wären eigentlich 10 Mio. pro Jahr. Die Verwaltung schlägt 8 Mio. vor.

Weitere 7 Mio. sind für die zukünftige Modernisierung beruflicher Schulen – verteilt bis 2023 notwendig – siehe mittelfristige Finanzplanung.

Trotz dieses Investitionsbedarfs müssen wir die übergroßen Schulden des Landkreises weiter abbauen – nur 5 Landkreise haben eine noch höhere Verschuldung als der Landkreis Reutlingen.

Deshalb ist es richtig, die Schulden weiter abzubauen – dabei reden wir aber nicht von einer schwarzen Null.

Dank des fraktionsübergreifenden Konsenses sind wir beim Schuldenabbau gemeinsam auf einem guten Weg – das möchten wir ausdrücklich betonen und anerkennen.

Wir Grünen haben den Vorsorgegedanken in den letzten Jahren

immer wieder angesprochen. Heute muss Vorsorge auf doppelte Weise geschehen:

- weiterer Schuldenabbau und

- Vorsorge für die Investitionen in unsere Kliniken!

Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Ansatz der Verwaltung:

Die 8 Mio. für die Kreiskliniken sind ein substantieller Beitrag zur Schaffung einer Vorsorge, zur Schaffung von Handlungsspielräumen.

Dies muss selbstverständlich zusätzlich zum Schuldenabbau über die geplanten 4,5 Mio. hinaus erfolgen.

So verstehen wir den Abschnitt der Vorlage X-0101 vor dem 2. Punkt der Beschlussvorlage.

Diese Vorlage beschreibt die komplizierte Finanzierung, die in der Pause des Verwaltungsausschusses zwischen den Fraktionen gefunden worden ist.

Wir kritisieren aber den Ansatz grundsätzlich, dass die Verwaltung so erhebliche Einsparungen in Höhe von 1,85 Mio. erbringen muss.

Und, das sagen wir in Richtung CDU und FWV, wir bezweifeln sehr, dass das der Verwaltung gelingen kann.

Nach der Vorlage X-0101 steigt die Kreisumlage insgesamt nur um 0,9% auf 30,4% - damit liegt sie immer noch deutlich unter dem Niveau von 2017 von 34,25% und der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts 2019 von 31%.

Meine Damen und Herren,

diese Vorsorge für die Investitionen der Kreiskliniken kann aber nicht eine Aufgabe des Jahres 2020 allein sein, diese Vorsorge muss verstetigt werden – deshalb gehört sie nach unserer Auffassung auch in die mittelfristige Finanzplanung.

Wenn wir nicht so vorsorglich vorgehen würden, laufen wir Gefahr, dass wir in den nächsten Jahren Hebesatzsprünge von 5% oder mehr haben.

Das kann auch nicht im Sinne der Städte und Gemeinden sein.

Um die zukünftigen Aufgaben des Landkreises zu finanzieren, Aufgaben die den Bürgerinnen und Bürgern aller Städte und Gemeinden zu Gute kommen, müssen sich die Städte und Gemeinden darauf einstellen, künftig einen größeren Teil zu den Einnahmen des Landkreises beizutragen.

Wir brauchen eine solidarische Partnerschaft zwischen den Städten und Gemeinden mit dem Landkreis!

Jetzt zur Säule der Nachhaltigkeit: Ökologie!

Wir haben uns schon häufig zum Thema Regional-Stadtbahn zusammengesetzt, diskutiert und Beschlüsse gefasst. Die Regional-Stadtbahn ist unbestritten ein Erfolgsmodell für die Infrastruktur und die zukünftige Mobilität in unserer Region. Es hat uns besonders gefreut, dass wir am 07. Oktober den Spatenstich in Dettingen zum Modul 1 feiern konnten. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das eine gute Botschaft, denn jetzt geht es mit dem Bau los!

Ziel ist die Inbetriebnahme im Jahr 2022.

Für nächstes Jahr sind 1,2 Mio. vorgesehen, bis 2022 weitere knapp 3 Mio. laut mittelfristiger Finanzplanung.

Und es geht jetzt Schlag auf Schlag weiter:

Das nächste Ziel am zeitlichen Horizont wird mit 2026 angepeilt; da soll die Gomaringer Spange (Reutlingen, Betzingen, Ohmenhausen, Gomaringen, Nehren) neue Mobilität in den Landkreis und darüber hinaus bringen.

Wir warten seit langem auf die immer wieder verschobene Machbarkeitsstudie für die Regional-Stadtbahn im Echaztal:

Angekündigt für den Herbst 2018,

verschoben auf das Frühjahr 2019,

dann auf Sommer, schließlich auf den Herbst und

dann doch auf das Frühjahr 2020.

Herr Landrat,

ich hoffe, Sie können unsere Ungeduld nachvollziehen: Den Städten und Gemeinden, so die Aussage der Verwaltung, liegt die Machbarkeitsstudie vor – aber uns Kreisräten nicht!

Mit dem Fahrrad-Leasing, das die Verwaltung weiterführen wird, sind wir einverstanden – diese Idee ist gut. Wir haben aber Zweifel, ob die vorgesehenen Mittel dafür ausreichen. Aus den Unterlagen der Verwaltung geht hervor, dass dafür eine große Nachfrage besteht und letztes Jahr etliche Antragsteller leer ausgegangen sind. Deshalb haben wir in einem Antrag die Summe um 25.000 EUR mit Sperrvermerk erhöht.

Im Landkreis Reutlingen sind viele Akteure aktiv, wie z. B. die Unternehmen, die Städte und Gemeinden. Wenn wir über die Anstrengungen zu einem nachhaltigen Landkreis diskutieren, müssen wir genau hinsehen.

Es geht hier um eine nachhaltige Landkreisverwaltung und nicht um einen nachhaltigen Landkreis, der alle Akteure inkludiert.

Mit dieser Einschränkung finden wir Grünen es gut, dass sich die Verwaltung auf dem Weg zum Gold-Standard des European-Energy-Awards (EEA) befindet. Im Klimapaket des Landkreises finden sich viele gute Maßnahmen, die wir befürworten: z.B. das Solardach auf der Straßenmeisterei Münsingen.

Warum das nicht im Zuge der Bauarbeiten erfolgen konnte, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis.

Die nachhaltige Landkreisverwaltung orientiert sich mit ihren Klimazielen an den Zielen der Landesregierung bis 2035. Hier denken wir, ist noch viel Platz für ambitioniertere Ziele im Landkreis Reutlingen.

Warum sollen wir diese Ziele nicht bis 2030 anstreben können?

Wir verstehen die Ungeduld der Bewegung „Fridays for future“ !

Wir plädieren für eine klare Zeitschiene, was bis wann erreicht werden soll. Wer auf eine Zeitschiene verzichtet, will sich – möglicherweise - nicht an den eigenen Zielen und deren Erreichung messen lassen.

Der Radverkehr, der Ausbau der Radwege im Landkreis wird seit Jahren stiefmütterlich behandelt. Im aktuellen Haushaltsentwurf sind

* für 2020 nur rund 275.000 EUR eingeplant,
* und für 2021 nur 260.000
* und danach 0,00 EUR für 2022
* und 0,00 EUR für 2023.

Hier wird für uns deutlich, dass die Kreisverwaltung die Bedeutung des Radverkehrs nachhaltig verkennt.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag für 2020 zusätzlich 500.000 EUR. Diese werden gegenfinanziert durch Einsparungen beim Straßenbau.

Die Straßen im Landkreis sind überwiegend in einem guten Zustand. Der Landkreis gibt dafür seit vielen Jahre durchschnittlich 3-4 Mio. aus. Es ist an der Zeit, diesen vor Jahren festgesetzten Ansatz auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit zu stellen – hier sehen wir Einsparpotential.

Dabei sollte auch eine Verschiebung der Investitionen, vor allem bei wenig benutzten Straßen, unproblematisch erscheinen, besonders dann, wenn Reparaturen durchaus eine Alternative sind.

Beispiel dafür ist die K 6751 zwischen Anhausen und Erbstetten, für die eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Mio. im Haushalt steht und die 2021 ausgegeben werden sollen.

Sie ist mit der Note 6 klassifiziert, und nach einer persönlichen Begehung/Besichtigung am 17.10.2019, wie wir meinen, nicht in einem dramatischen Zustand.

Sie lässt sich mit einem geringeren Aufwand von ca. 100.000 EUR an den wenigen reparaturbedürftigen Stellen in einen akzeptablen Zustand versetzen.

Meine Damen und Herren,

in der K 6751 werden Ressourcen falsch eingesetzt!

Wir kommen zur dritten Säule der Nachhaltigkeit: Der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit, Kultur eingeschlossen.

Unter dieser Säule diskutieren wir immer auch die Fragen:

- Wie kann die gesellschaftliche Spaltung aufgefangen werden?

- Wie kann dem Trend zur Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft

entgegengewirkt werden?

Leider entkoppelt sich der Zuschussbedarf des Sozialhaushalts immer mehr vom Aufkommen der Kreisumlage. Lag diese Differenz 2019 bereits bei 21 Mio., steigt sie jetzt auf knapp 26 Mio..

Was können wir im Landkreis tun, um mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen?

Fünf besondere Aspekt möchte ich herausgreifen:

1. Wir wollen mit unserem inhaltlichen Antrag das Analyseinstrumentarium, die Lebenslagenberichte im Landkreis, weiterführen, aktualisieren und auf weitere Bevölkerungsgruppen ausbauen. Dazu haben wir einen inhaltlichen Antrag gestellt, der noch zu beraten ist.
2. Wir wollen die Verwaltung bitten, eine „Bonus-Card Landkreis Reutlingen“ zu entwickeln. Sie richtet sich an Erwachsene und Kinder mit geringem Einkommen und bietet ihnen z. B.

* den verbilligten Erwerb von Theater- oder Kinokarten,
* 50% auf Zeitungsbezug,
* Ermäßigung bei Musikschulen und Eltern-Kind-Kursen,
* ermäßigte Monatskarten und eine 4-rer Karte beim ÖPNV,
* Ermäßigung auf den Grundpreis eines Girokontos,

…..es ist noch vieles andere denkbar!

Der Landkreis Tübingen hat eine ‚Kreisbonus-Card‘ (mit unterschiedlichen Ausprägungen) etabliert. Dieses niederschwellige Instrument einer verbesserten Teilhabe soll nach unserem Antrag auch im Landkreis Reutlingen umgesetzt werden. Dabei sind

- einerseits die Zuständigkeiten zwischen den Städten und

Gemeinden und dem Landkreis und

- andererseits bereits etablierte Vergünstigungen wie z. B. das

Reutlinger Gutscheinheft zu berücksichtigen.

Von den 150.000 EUR, die in den Haushalt eingestellt werden sollen, könnten zukünftig Menschen mit geringem Einkommen und v. a. Kinder profitieren. Auch – und das konzedieren wir – wenn das für die Verwaltung v. a. zu Beginn der Entwicklung einer ‚BonusCard Landkreis Reutlingen‘ arbeitsaufwändig ist.

1. Bei den Ausführungen zur Schuldner- und Insolvenzberatung ist uns aufgefallen, dass die Verwaltung selbst davon spricht, dass das Personal völlig ausgelastet ist. Gleichzeitig wird Präventionsarbeit stark nachgefragt, und es sind zunehmende Kriseninterventionen notwendig. Dazu kommt die aufwändige Umsetzung der neuen EU-Richtline „Restrukturierung und Insolvenz“, bei der die Aufgaben mit einem hohen Informations- und Beratungsaufwand verbunden sein werden.

Eine angemessene Aufstockung der Stellen der Schuldnerberatung ist daher – aus unserer Sicht - dringend geboten.

Beim 4. Punkt möchte ich mich auf die KT-DS X-0068 beziehen:

Schaffung einer Fachkraftstelle zur Prozesssteuerung eines

kommunalen Schutz- und Präventionskonzepts gegen

sexuelle Gewalt.

Ein besonderes Problem unserer Gesellschaft ist die sexuelle Gewalt, die Kinder und Jugendliche erleben oder erlebt haben. Nach einer WHO-Schätzung müssen wir davon ausgehen, dass pro Schulklasse ein bis zwei Kinder betroffen sind. „Übergriffig werden überwiegend Personen, so die Vorlage, die dem Kind vertraut sind, häufig handelt es sich um Familienangehörige.“

Wir begrüßen das angestrebte kommunale Schutz- und Präventionskonzept gegen sexuelle Gewalt, das der Landkreis initiiert hat. Sehr lesenswert ist das Gutachten zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Landkreis Reutlingen, Frau Prof. Dr. Anja Teubert, Duale Hochschule Villingen-Schwenningen, 2018.

Der Landkreis spielt hier - an der richtigen Stelle - ganz vorne mit!

Der fünfte Punkte betrifft den Antrag „Campus Reutlingen“.

Wir Grüne sehen hier eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten:

* Die sozialen Träger, die Stadt Reutlingen und der Landkreis finanzieren gemeinsam mit jeweils nur 60.000 EUR den neuen Studiengang „Soziale Arbeit“; für einen neuen Studiengang sind das wirklich keine großen Summen.
* Alle drei Träger profitieren davon – sie erhalten qualifizierten Nachwuchs in der Branche Sozialwirtschaft, die jetzt schon durch einen bedrohlichen Fachkräftemangel gezeichnet ist. Ohne die Besetzung der Stellen durch Fachkräfte verlieren letztlich die Bürger\*innen qualifizierte Dienstleistungen.
* Außerdem wird der Landkreis, die Stadt Reutlingen als Hochschulstandort wieder gestärkt, nachdem einige Hochschuleinrichtungen nach Ludwigsburg verlegt wurden.

Der „Campus Reutlingen“ bietet große Chancen für den Landkreis und die Stadt Reutlingen. Deshalb plädieren wir nachdrücklich dafür, der Verwaltungsvorlage bzw. dem Antrag der SPD über den Zuschuss von 60.000 EUR mit Sperrvermerk zuzustimmen.

Es gab einige Landkreise, die diesen Studiengang Soziale Arbeit liebend gerne bei sich im Landkreis gesehen hätten.

Jetzt zur Kultur:

Ein zentrales Ergebnis der fraktionsübergreifenden AG Kultur war u. a. die fehlende Vernetzung der Kulturschaffenden. Deshalb wurde der gemeinsame Vorschlag einer Kulturkonferenz entwickelt, um die Kulturschaffenden unterschiedlicher Kultursparten miteinander vernetzen zu können. Diesem Ziel dient der „Regionalmanager Kultur“ – gefördert durch ein Pilotprojekt des Bundes. Wir denken, durch einen „Regionalmanager Kultur“ kann die Strahlkraft des Landkreises deutlich gesteigert werden.

Meine Damen und Herren,

auch Die Tonne und die Württembergische Philharmonie sind nicht nur für die Reutlinger wichtige Elemente der Attraktivität, sondern werden von vielen Besuchern aus dem ganzen Landkreis regelmäßig aufgesucht. Deshalb appellieren wir an alle Kreistagsmitglieder, unserem leicht gegenüber der Verwaltungsvorlage modifizierten Antrag zuzustimmen.

Wir teilen die Argumente von Tonne und WPR für eine strukturelle Anpassung der Zuschüsse aus dem Kreishaushalt. Auch wenn wir aus diesem Grund höhere Zuschüsse für die Tonne und die WPR bereits im kommenden Jahr befürworten, sind wir dazu bereit, unsere entsprechenden Anträge im Sinne einer dauerhaften Lösung für beide Kultureinrichtungen zurückzustellen. Dies soll auch der Befriedung in einer seit Jahren geführten und auch das Verhältnis von Stadt und Kreis belastenden Debatte dienen.

Bezüglich des Naturtheaters unterstützen wir nachdrücklich den im SKA gefunden Lösungsvorschlag, denn nach dem jetzigen Informationsstand ist eine Entscheidung über die Finanzierung des NTR noch nicht möglich.

Ich komme zum Schluss:

Unser Dank für ein konstruktives Miteinander geht an Sie, Herr Landrat, an alle in der Verwaltung und auch an alle Kreisrätinnen und Kreisräte.

Wir wünschen Ihnen allen erholsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.